

Einkommensrunde 2019 für den öffentlichen Dienst der Länder Tarifverhandlungen wurden nach der ersten Runde zunächst vertagt

An alle Landesvorstandsmitglieder
und Vertrauensleute
im Geltungsbereich des TV-L

Köln, 21.01.2019

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

„Gute Tarifpolitik kostet, schlechte kostet mehr“, sagte dbb Chef Ulrich Silberbach nach dem Auftakt der Einkommensrunde 2019 am 21. Januar 2019. Von der Arbeitgeberseite, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), forderte er daher, die Verhandlungen nicht nur durch falschen Ehrgeiz beim Sparen zu erschweren. „Die Länder haben allesamt große Probleme, die dem Bürger versprochene Infrastruktur auf gewohntem Niveau zu halten. Das gilt für Bildung, Sicherheit und Gesundheit gleichermaßen. Hier müssen wir ran. Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst sind mehr als eine Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Wir wollen und können unser Land gestalten, wenn alle mal von der Bedenkenbremse gehen.“



Die TdL müsse mehr Engagement für ein modernes Tarifrecht an den Tag legen. „Wir müssen nicht kommagenau berechnen, wie unsere Forderungen die Landeshaushalte belasten. Wir müssen endlich erkennen, welche Möglichkeiten wir mit einer gestaltenden Tarifpolitik haben. Die TdL hat einen solchen Politikwechsel bitter nötig“, so Silberbach. Da die Arbeitgeber letztlich aber kein Angebot vorlegten, machte dbb Tarifchef Volker Geyer mit Blick auf die kommenden Verhandlungsrunden deutlich: „Argumente und Klarheit in Potsdam werden wir genauso brauchen wie die bundesweite Demonstration von Stärke und Geschlossenheit.“ Deshalb werde der dbb die Fachgewerkschaften unter seinem Dach zu ersten dezentralen Aktionen aufrufen. Geyer: „Wir müssen schon jetzt Druck aufbauen.“



Frank Nichtitz, Ingo Scheit, Ulrich Silberbach, Klaus Eckl und Hermann-Josef Siebigtheroth, von links.

Unsere Kernforderungen lauten:

- Lineare Erhöhung von 6 Prozent, mindestens 200 € (Laufzeit 12 Monate)
- Erhöhung der Entgelte für Auszubildende u. Praktikanten/-innen um 100 € monatlich
- Wiederinkraftsetzung der Regelungen zur Übernahme von Auszubildenden
- 30 Tage Urlaub für Auszubildende und Übernahme der Kosten für den auswärtigen Berufsschulbesuch
- Erwartet wird eine Tarifierung der Weiterentwicklung der Entgeltordnung der Länder, stufengleicher Aufstieg und Entzerrung der EG 9
- Zeitgleiche Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamte

Die weiteren zwei vereinbarten Verhandlungstermine zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sind nach dem Auftakt am 21. Januar 2019 in Berlin der 6./7. Februar 2019 und 28./29. Februar/1. März 2019 (beide im Kongresshotel Potsdam).

Mit kollegialen Grüßen
VDStra.-Fachgewerkschaft
-Bundesvorstand-



Hermann-Josef Siebigtheroth
Bundesvorsitzender



(Fotos: Friedhelm Windmüller)